

Protokoll Gemeinderat - öffentlich - vom 07.11.2023

1) TOP Einwohnerfragen

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

2) TOP 1-028/23 Bekanntgabe aus nicht öffentlicher Sitzung am 17.10.2023

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Bekanntgabe:

Aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderats vom 17.10.2023 wird folgender Beschluss bekanntgegeben:

1. Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss des Gestattungsvertrages über die Errichtung, den Betrieb und die Unterhaltung von Windkraftanlagen mit der Firma solar-komplex GmbH Co. KG Windpark Länge zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt weiter zu begleiten und den Gemeinderat wieder zu informieren

3) TOP 2-016/23 Fest der Pferde – RZ Frese Immenhöfe e.V. / Fortführung städtisches Sponsoring

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und begrüßt die anwesenden Gäste Familie Frese.

Amtsleiter Haller führt in die Sitzungsvorlage ein. Bereits seit 2008 bestehe eine Kooperation der Stadt Donaueschingen mit dem Reitzentrum Frese. Die Reitturnier GmbH sei ebenfalls beteiligt. Das Sponsoring erfolge auch über Werbemaßnahmen.

Fraktionssprecher Greiner erklärt, der Zuschuss solle für drei Jahre befristet ausgesprochen werden, da nicht jede Bezuschussung in Zukunft endlos verlängert werden soll. Es handle sich um eine freiwillige Leistung, auf die der Gemeinderat eingreifen kann. Er weist darauf hin, die Förderung beruhe auf der Tatsache, dass die Veranstaltung über schlechte Zeiten gerettet werden sollte. Dieses solle nicht als Schmälerung der Veranstaltung verstehen werden, aber im Zuge von Einsparungen seien auch Einschränkungen notwendig. Sponsoring sei eine freiwillige Leistung und daher anpassbar. Es gelte deshalb zu überlegen, die Höhe nicht wie in den vergangenen drei Jahren fortzusetzen.

Stadträtin Riedmaier wünscht eine genaue Erläuterung für die Verwendung von 10 000 € sie möchte, dass dieser Betrag im Championat als Preisgeld verwendet werde und nicht als Zuschuss für die ganze Veranstaltung in verschiedenen Ansätzen verschwindet.

Stadtrat Reith ergänzt, Amtsleiter Haller habe angedeutet, dass es sich hier nicht um einen Zuschuss, sondern um eine Unterstützung und Darstellung der Stadt Donaueschingen handle und als Marketingmaßnahme im vorgeschlagenen Rahmen zu verstehen sei. Es handle sich um eine echte Gegenleistung in einem Sponsorenpaket. Dieses solle weiter in Anspruch genommen werden.

Fraktionssprecher Reinbolz fügt an, das Turnier sei ein Aushängeschild der Stadt. Es gehe nicht nur um Sponsoring, sondern um die Gegenleistung und den Prestigegewinn der Stadt. Der Mehrwert sei auch im Tourismus der Hotellerie zu sehen. Der Wunsch nach einem Zuschuss von Seiten der Veranstalter sei nachvollziehbar. Er sehe den Betrag von 12.000 € als Kompromiss.

Oberbürgermeister Pauly fasst zusammen, es handle sich nicht um einen Zuschuss, sondern die Stadt erhalte eine Gegenleistung. Die Erhöhung von 10.000 auf 15.000 € sei durch die Veranstalter gewünscht. Der Verwaltungsvorschlag laute aber eine gleichbleibende Förderung von 10.000 €.

Antrag SPD:

Förderung über drei Jahre in Höhe von 12.000 € jährlich

Abstimmung: 8 ja, 22 nein, 1 Enthaltung – abgelehnt

Abstimmung wie Beschlussvorschlag:

Beschluss:

1. Dem RZ Frese Immenhöfe e.V. wird für einen Zeitraum von 3 Jahren (2024 bis 2026) ein jährliches Sponsoring zur Veranstaltung des Fests der Pferde gewährt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in den Haushalt 2024 bis 2026 jährlich zusätzlich 10.000 € einzustellen.

(21 Ja, 10 Nein, 0 Enthaltungen)

4) TOP 2-009/23 Besucherlenkungskonzept Riedsee

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Geschäftsordnungsantrag der CDU:

Dieser Tagesordnungspunkt soll vertagt werden.

Stadtrat Reith argumentiert, das Besucherlenkungskonzept solle zusammen mit der Stadtverwaltung Hüfingen abgestimmt werden.

Fraktionssprecher Blaurock erklärt, die heutige Sitzung solle gekürzt werden. Dieses Thema könne aber heute behandelt werden.

Fraktionssprecher Reinbolz merkt an, das Thema könne heute behandelt werden.

Abstimmung: 15 Ja, 15 Nein, 1 Enthaltung – abgelehnt

Oberbürgermeister Pauly begrüßt Herrn Dr. Gerhard Bronner vom Umweltbüro.

Dr. Bronner stellt das Besucherlenkungskonzept Riedsee anhand der beigefügten Karte vor. Die Konzeption sei ähnlich wie vor 30 Jahren. Das Parken am Campingplatz solle kostenpflichtig werden. Bei der Firma Mall wäre es dann kostenfrei. Es gelte zu beobachten wie sich die Parksituation entwickle und ggf. in einem zweiten Schritt zu überlegen, wie wildes Parken verhindert werden könnte.

Der Rundweg um den See werde als Maßnahme durchgeführt, wenn Zuschüsse beim Naturschutzgroßprojekt zu erwarten seien.

Eine hundertprozentige Überwachung sei nicht möglich. Die eindeutige Regelung sei nun durch das Besucherlenkungskonzept gegeben. Hinweise durch Anwohner, Pächter und Campingplatzbetreiber ergeben die passive Überwachung und Kontrolle auf Einhaltung der neuen Verordnung. Mit dem neuen Besucherlenkungskonzept sei eine Verbesserung der früheren Situation zu erwarten.

Oberbürgermeister Pauly informiert, der Ortschaftsrat Pfohren begrüße die neue Verordnung.

Fraktionssprecher Greiner trägt vor, verschiedene Maßnahmen seien noch erklärungsbedürftig, so z. B. die geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der Badequalität im Strandbad. Hierzu bittet er um Vorstellung im Gremium. Die Kosten für das Landschaftsfenster und die Aussichtsplattform wie auch der Themenpfad sollen über das Naturschutzgroßprojekt finanziert werden. Auf ein Parkverbot solle verzichtet werden. Öffentlichkeitsarbeit solle ohne zusätzlichen Personalaufwand erfolgen. Geldbußen sind seiner Meinung auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren.

Zudem merkt er an, dass in der Rechtsverordnung (siehe TOP 5) unter § 5 Absatz 7 Hunde nicht gestattet sind. Er regt an, mindestens einen Anteil von 25% für Hunde frei zu geben.

Fraktionssprecher Hall unterstützt den Änderungsantrag der CDU.

Stadtrat Vetter begrüßt das vorgestellte Nutzungskonzept, das sehr vernünftig und gelungen sukzessive Umsetzungen plane. Auf dem Campingplatz seien zeitweise mehr Übernachtungsgäste als Einwohner in Pfohren zu verzeichnen. Diesen sei auch etwas zu bieten. Ein Rundweg um den See und eine Aussichtsplattform steigerten die Attraktivität. Es werde nicht ohne Förderzuschuss gebaut, die die Kosten für die Maßnahmen wie in der Planung neutralisieren. Dieser Vorschlag sei als Anfang zu werten. Das Konzept solle nicht verändert werden, da es bereits mit dem Ortschaftsrat in mehreren Sitzungen abgestimmt wurde.

Stadträtin Riedmaier fragt nach, wer Pflege und Unterhaltung übernehme. Das gelte es zu regeln. Sie sei erstaunt über den Antrag, da der Ortschaftsrat Pfohren bereits lange über das Thema debattiert und entschieden habe. Sie halte Absperrungen für weltfremd. Es handle sich um ein Naherholungsgebiet, das als solches auch genutzt werden solle.

Ortsvorsteher Feucht informiert, der Ortschaftsrat hat das Konzept mit allen Maßnahmen verabschiedet. Das Konzept habe Einschränkungen zur Folge. Alle Interessen seien berücksichtigt worden. Die Einschränkungen seien nur gering. Hunde sind als solches nicht im Focus und hatten bisher auch keine Badeerlaubnis im Riedsee. Auslöser für das Erarbeiten des Besucherlenkungskonzeptes waren die Ordnungsdienste von Anglern, Naturschützern und der Polizei.

Vor Ort sei nur bedingtes Eingreifen möglich. Mit dem Konzept sei klar geregelt, wo Baden erlaubt sei. Es stellt klar, wo campieren erlaubt ist und wo ein Biotop geschützt werden soll. Bisher gab es keine klare Regelung. Ohne Ausweitung weiterer Kontrollen könne nun eine Verordnung angewendet werden.

Bereits jetzt gibt es gute Erfahrungen mit der klaren Regelung von Zugängen und eindeutiger Beschilderungen, die bisher widersprüchlich aufgestellt waren.

Auch sei mit der Verordnung nun geregelt, was am Riedsee gestattet ist und welche Vergehen geahndet werden.

Ortsvorsteher Feucht betont, dieses Konzept könne im vollen Umfang freigegeben werden. Es kategorisiert klar welche Maßnahmen kurzfristig notwendig sind, welche Beschränkungen für Besucher gelten und welche Regeln für Nutzer zu befolgen sind.

Das vorgestellte Besucherlenkungskonzept ist eine Darstellung von Möglichkeiten.

Oberbürgermeister Pauly unterstreicht, Ausgaben in Zusammenhang mit dem Besucherlenkungskonzept Riedsee müssen im Haushalt angesetzt und auch vergeben werden.

In der Diskussion sei klar zu trennen, das Tagesordnung 4 das Besucherlenkungskonzept Riedsee beinhalte und Tagesordnungspunkt fünf die Rechtsverordnung.

Dr. Bronner erklärt, das Naturschutzgroßprojekt übernimmt nicht alle Kosten, sondern leiste lediglich einen Zuschuss. Es müsse geklärt werden, wer die Unterhaltungsmaßnahmen und damit verbundene Kosten übernimmt.

Hunde seien bisher auch in der Rechtsverordnung nicht berücksichtigt worden. Rechtsrelevant sei das Wassergesetz. In bestimmten Bereichen sei das Mitführen von Hunden denkbar, das sei aber keine Abweichung von der bisherigen Variante. Mit der Verordnung werden Hunde geduldet. Das geschehe aus Haftungsgründen.

Fraktionssprecher Blaurock betont, das Konzept solle so verabschiedet werden. Kosten für Unterhaltung werden bei anderen Projekten auch nicht im Vornherein diskutiert. Bei diesem Projekt sei mit gewerblichen Vertretern, dem Naturschutz und dem Ortschaftsrat eine gemeinsame Lösung gefunden worden. Das sei als großer Gewinn zu sehen.

Die Sitzung wird zur Beratung kurz unterbrochen.

Das Gremium stimmt anschließend wie folgt ab:

Beschluss:

1.) Das Besucherlenkungskonzept wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

2.) Die Verwaltung wird beauftragt, die im Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen sukzessive umzusetzen.

Maßnahmen der Kategorie B sind innerhalb des Gremiums zu beraten und abzustimmen.

(17 Ja, 13 Nein, 3 Enthaltungen)

5) TOP 5-005/23 Rechtsverordnung über die Benutzung des Freizeitzentrums Riedsee - Neufassung

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und erklärt, es seien noch redaktionelle Änderungen in § 5 Abs. 7 sowie zum Thema Geldbußen vorzunehmen. Herr Lucas erklärt, die Grundlage für die Rechtsverordnung ist das Wassergesetz. Die tatsächlichen Geldbußen werden erheblich geringer ausfallen als in der Rechtsverordnung vorgesehen. Diese seien vom Gesetzgeber so festgelegt, daher seien sie auch so richtig niedergeschrieben. Es gelten keine Regelsätze wie in der Straßenverkehrsordnung. Im Umweltbereich geht man von der Schwere der Tat aus und passt die Höhe entsprechend an.

Oberbürgermeister Pauly greift das Thema Baden von Hunden auf. Die Regelung wurde laut Dr. Bronner nicht geändert. Falls dieses gewollt sei, könne darüber abgestimmt werden.

Stadtrat Vetter bemerkt, das Sicherheitsbedürfnis von Kindern und Senioren im Badebereich sei zu respektieren. Wenn ein Hund in der Nähe schwimme, könne das auch Unannehmlichkeiten führen. Wenn jemand seinen Hund baden lassen möchte, dann möglichst nicht in einem Badegewässer.

Stadträtin Wesle relativiert, dass Hundebesitzer, die verantwortungsvoll handeln, werden ihren Hund nicht in der Nähe von Schwimmern baden lassen. Falls in Kooperation mit dem Ordnungsdienst eine tolerante Duldung möglich sein, ist keine schwerwiegende Ahndung gewünscht.

Antrag der CDU:

Das Baden von Hunden ist zu dulden. Die Rechtsverordnung soll entsprechend geändert werden.

Abstimmung: 15 Ja, 17 Nein, 1 Enthaltung – abgelehnt

Das Gremium stimmt wie folgt ab:

Beschluss:

Der Neufassung der Rechtsverordnung über die Benutzung des Freizeitzentrums Riedsee auf der Gemarkung Pfohren der Stadt Donaueschingen wird zugestimmt.

(21 Ja, 11 Nein, 1 Enthaltung)

6) TOP 5-017/23 Projektbeschlüsse Vergabe

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in die Sitzungsvorlage ein. Wie bereits in der vorangegangenen Sitzung des Technischen Ausschusses vorberaten wird wie folgt abgestimmt:

Beschluss:

1. Für die Zukunft werden sogenannte Projektbeschlüsse gefasst, welche die Vergaben sämtlicher Leistungen oder Beschaffungen innerhalb dieses Projektes in die Zuständigkeit der Verwaltung legt.
2. Der Projektbeschluss ist zu ändern, wenn die Planung wesentlich geändert werden soll oder eine Kostenüberschreitung von 10 % des Haushaltsansatzes erreicht wird.
3. Der Oberbürgermeister hat eine bedarfsgerechte Berichterstattung (Reporting) an den Gemeinderat oder das jeweils zuständige Gremium in Bezug auf Projekte und Maßnahmen vorzunehmen, soweit die Gremien einen Projektbeschluss gefasst haben.
4. Die Sowieso-Vergaben der laufenden Verwaltungstätigkeit, liegen zukünftig in der Verantwortung der Verwaltung. Der Gemeinderat oder das jeweils zuständige Gremium wird über die Vergaben unterrichtet.
5. Die Verwaltung wird beauftragt eine Möglichkeit zur digitalen Darstellung der Vergabeergebnisse zu finden.
6. Die sonstigen Vergaben richten sich nach den bisherigen Wertgrenzen der jeweils aktuellen Zuständigkeitsverordnung der Stadt Donaueschingen.
(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

7) TOP 3-007/23 Donaibus - Antrag Zuschuss für Dieselkosten

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in die Sitzungsvorlage ein. Wie bereits im Mobilitätsausschuss vorberaten und abgestimmt, handelt es sich hier um einen einmaligen Zuschuss mit der vertraglichen Formulierung, wenn die VGB einen überplanmäßigen Gewinn erzielt, ist dieser Zuschuss zurückzubezahlen. Die Zusatzkosten würden aufgrund sprunghaft angestiegener Dieselpreise hälftig geteilt.

Stadtrat Kuttruff bemerkt, der Zuschussantrag seitens des Betreibers sei nachvollziehbar. Es sei aber nicht eindeutig, ob doppelt bezuschusst werde. Dieses solle laut Vertrag auch nicht stattfinden. Der Zuschuss werde gewährt, sofern die Treibstoffkosten mit Nachweis durch den Betreiber dargelegt werden. Die Treibstoffkosten sollen hier transparent dargestellt werden.

Oberbürgermeister Pauly fügt an, im Vertrag sei vereinbart, dass ein nicht unverhältnismäßiger Gewinn zu erwirtschaften sei. Im Zweifel müsse ein Teil des Zuschusses zurückgezahlt werden. Ein Nachweis wurde bisher nicht eingefordert. Selbst wenn im Jahr 2022 rechnerisch ein überdurchschnittlicher Gewinn erzielt worden sei, habe das mit dem Zuschuss selbst nichts zu tun. Eine Doppelberücksichtigung wird geklärt werden.

Stadtrat Kuttruff fordert, eine Abrechnung solle jährlich vorgelegt werden.

Oberbürgermeister Pauly bekräftigt, faktisch sei dieser Zuschuss einmalig als Reduzierung der höherbezahlten Treibstoffkosten zu sehen.

Fraktionssprecher Blaurock wendet ein, eine Trennungsrechnung müsse möglich sein. Falls notwendig könne in einer nicht öffentlichen Sitzung weiter darüber beraten werden.

Oberbürgermeister Pauly erwidert, eine Preisgleitklausel sei nicht eindeutig. Es werde ein geschlossener Vertrag und dessen Einhaltung angestrebt. Die Verwaltung werde das weiterverfolgen. Dieses habe aber mit dem Zuschussantrag selbst nichts zu tun.

Das Gremium stimmt wie folgt ab:

Beschluss:

1. Für die entstandenen Mehrkosten wird der VGB ein Zuschuss in Höhe von 16.576,20 € gewährt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Prüfung der Kostenaufstellung eine doppelte Förderung auszuschließen. Für den Fall einer Überkompensation ist eine Rückzahlung des Zuschusses vorzubehalten.
3. Die Kosten sollen überplanmäßig über das Budget 5470-33 Verkehrsbetriebe ÖPNV-Stadtbus (L5470-3301, SK 43180000) gedeckt werden.

(19 Ja, 11 Nein, 3 Enthaltungen)

8) TOP 4-068/23 Initiative CityRing / Verkehrsführung Innenstadt - Ideen für ein attraktives Stadtzentrum

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und begrüßt die Mitglieder des Mobilitätsausschusses. Er führt in die Sitzungsvorlage ein.

Es wurden Maßnahmen herausgelöst beantragt und diese sollen heute beschlossen werden. Die unterschiedlichen Anträge der Fraktionen haben Bestand. Jetzt sei dagegen der Beginn mit ersten Möglichkeiten. Das ganze Spektrum an Maßnahmen könne später wiederaufgenommen werden.

Fraktionssprecher Reinbolz äußert sich, zunächst solle ein Planungsbüro beauftragt werden und den Einsatz eines Parkleitsystems prüfen. Erst danach könne über die Einführung eines solchen entschieden werden.

Fraktionssprecher Greiner merkt an, Anträge, die noch schwebend offen sind, sollten zu gegebener Zeit neu gestellt werden. Er plädiert dafür, das Konzept zunächst auf den Weg zu bringen und ggf. neue Anträge zu stellen.

Stadtrat Reith empfiehlt, die Nord-Süd-Trennung aufzuheben, aber der Ertüchtigung des Hindenburgrings und der Beschilderung der B27 weiter nachzugehen.

Beschluss:

1. Die verkehrsrechtlichen Planungen des Konzepts der Initiative CityRing werden zunächst zurückgestellt.
2. Die Verwaltung wird mit der Planung und Umsetzung folgender Punkte beauftragt:
 - a) Prüfung eines Parkleitsystems mit elektronischer Erfassung der größeren Parkplätze und Tiefgaragen.
 - b) Optimierung der Beschilderung, angefangen von den Stadteinfahrten bis zur Stadtmitte mit Hinblick auf eine günstigere Routenführung mit Ausschilderung des CityRings.
 - c) Prüfung zur Verbesserung der Buslinienführung im Benehmen mit dem Landratsamt mit dem Ziel, den Durchgangsverkehr der regionalen Busse zu verringern.
 - d) Beauftragung eines externen Fachbüros zur Begleitung des Prozesses zu einer Verbesserung der Attraktivität des Stadtzentrums mittels eines übergreifenden Zielbildes und Erarbeitung von Sofortmaßnahmen und langfristigen Schritten.
3. Mittel für die unter 2 a) bis d) dargestellten Maßnahmen sollen für die anstehenden Haushaltsberatungen nachgemeldet werden.

(32 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung) n

9) TOP 4-066/23 Kindergarten Pfohren / Vergabe Modulbau

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in die Sitzungsvorlage ein. Er erklärt, Modulbau bedeute bei dieser Vergabe eine dauerhafte Errichtung und kein Provisorium.

Fraktionssprecher Greiner bittet, in Zukunft von Modulbauweise abzusehen, da diese genau so teuer wie Standardbauwerke sei.

Oberbürgermeister Pauly relativiert, es handle sich hier um den zeitlichen Vorteil und nicht den finanziellen Aspekt.

Beschluss:

1. Firma KB Container GmbH, Schlüsselfeld, wird mit der Lieferung der Modulbauteile zum Angebotspreis von 889.168,00 € (brutto) beauftragt.
2. Der vorgeschlagenen Finanzierung wird zugestimmt.
3. Die Änderungen sollen in den Haushaltsplan 2024 aufgenommen werden.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

10) TOP 4-065/23 Kindergarten Pfohren / Erweiterung - Aufhebung Vergabe Erd-, Tief- und Rückbauarbeiten

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in die Sitzungsvorlage ein.

Herr Brieskorn erklärt auf Rückfrage von Stadtrat Lienhard das erfolgte Vergabeverfahren und die daraus resultierenden Rückmeldungen.

Beschluss:

1. Die Ausschreibung der Erd-, Tief- und Rückbauarbeiten wird gem. § 17 Abs. 1 Nr. 1 VOB/A aufgehoben.
2. Die Verwaltung erhält eine Vergabevollmacht zur freihändigen Vergabe der Arbeiten in Höhe von bis zu 170.000,-- €.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

11) TOP 7-025/23 Annahme von Spenden 3. Quartal 2023 - Genehmigung durch den Gemeinderat

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Beschluss:

Der Annahme der in der Anlage verzeichneten Spenden wird zugestimmt.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

12) TOP 7-026/23 Haushalt 2024 - Beratung Haushaltsplanentwurf 2024 - Stellungnahme der Fraktionen

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es folgen die Stellungnahmen der

Fraktionen. Es sprechen Fraktionssprecher Greiner, Fraktionssprecher Rainer Hall, Fraktionssprecher Blaurock, Fraktionssprecher Milbradt und Fraktionssprecher Reinbolz. Die Stellungnahmen sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Beschluss: Die Stellungnahmen der Fraktionen werden zur Kenntnis genommen.

13) TOP Mitteilungen der Verwaltung

Es werden keine Mitteilungen der Verwaltung bekanntgegeben.

14) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat

Kommunale Wärmeplanung

Stadtrat Reith wünscht einen Sachstandsbericht zur kommunalen Wärmeplanung.

Bürgermeister Graf informiert, die Wärmeplanung wird in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt.

Vollverteilung Mitteilungsblatt

Antrag der FDP:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, unter welchen Bedingungen eine kostenlose Vollverteilung des Mitteilungsblattes an alle Haushalte erfolgen kann.

Stadtrat Reith merkt an, in anderen Kommunen sei dies möglich.

Oberbürgermeister Pauly gibt zu wissen, dass dieses Thema bereits beraten und im vergangenen Jahr im Gremium abgelehnt wurde.

Kostenbeteiligung der Umlandgemeinden bei Baumaßnahmen an Schulen:

Auf Rückfrage von Stadtrat Reith lässt Oberbürgermeister Pauly wissen, in der Bürgermeisterversammlung wurde dieses Thema bereits besprochen. In Umlandgemeinden sei eine Kostenbeteiligung bereits erfolgt. Er hält eine Empfehlung vom Gemeindetag oder Städtetag für wünschenswert. Derzeit werde das Urteil vom Justizariat geprüft und wie im Fall des Neubaus Realschule damit umgegangen werden könne.